

Frauen in der Politik sind nicht nur wichtig, um die Gleichstellung der Geschlechter im politischen Prozess zu gewährleisten, sondern auch um die Aufmerksamkeit auf wichtige sozioökonomische Fragen zu lenken, z.B. menschliche Entwicklung, geschlechtsbasierte Gewalt, familienfreundliche Maßnahmen, Lohngleichheit, Renten, Reform des Wahlrechts sowie Dienstleistungserbringung. Für Frauen gibt es jedoch nach wie vor eine „gläserne Decke“, die ihre volle Teilnahme am politischen Leben in der Legislative und der Exekutive verhindert, und sie sind in der Politik generell immer noch unterrepräsentiert.

Anfang 2012 entfiel im OECD-Raum knapp über ein Viertel der Unterhaussitze bzw. der Sitze in Einkammerparlamenten auf Frauen, und in lediglich 12 Mitgliedsländern wurde der von den Vereinten Nationen und der Interparlamentarischen Union empfohlene Mindestfrauenanteil von 30% erreicht oder überschritten. Im Vergleich zu 2002 bedeutet dies einen geringfügigen Anstieg um durchschnittlich 6 Prozentpunkte. Der Frauenanteil in den Parlamenten war im OECD-Raum in den nordischen Ländern generell am höchsten, und in Schweden, Finnland, Island und Norwegen hatten Frauen mindestens 40% der Sitze inne. In der Türkei sowie in Japan, Chile und Ungarn entfiel weniger als ein Viertel der Sitze auf Frauen.

In Ländern mit Verhältniswahlrecht ist der Frauenanteil in der Legislative tendenziell größer, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass bei der Kandidatenauswahl für die Parteilisten stärker auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet wird. In neun der zwölf OECD-Länder, die die 30%-Marke für den Frauenanteil erreichen, werden die Parlamentsabgeordneten in einem Verhältniswahlrecht gewählt. Einfluss auf die Präsenz der Frauen in der aktiven Politik hat jedoch nicht nur die Art des Wahlsystems; auch kulturelle und finanzielle Faktoren können ein Hindernis darstellen, ebenso wie Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von politischen und familiären Pflichten. Um diesem Defizit entgegenzuwirken, haben neun OECD-Länder Genderquoten zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Parlamenten eingeführt. Bei der Anwendung dieser Quoten bestehen jedoch Unterschiede, so gibt es beispielsweise Quoten für den Nominierungsprozess (die z.B. einen bestimmten Frauenanteil auf den Parteilisten oder einen bestimmten Anteil weiblicher Kandidaten für die Wahlbezirke vorsehen) ebenso wie Ergebnisquoten, mit denen ein bestimmter Anteil der Parlamentssitze für Frauen reserviert wird.

In der politischen Exekutive der OECD-Mitgliedsländer ist der Prozentsatz der Ministerinnen von 21% im Jahr 2005 auf 25% im Jahr 2012 gestiegen. Daten von 2012 zeigen, dass diesbezüglich jedoch große Unterschiede zwischen den Ländern bestehen: Während in Norwegen, Schweden, Finnland und Island über 50% der Ministerposten mit Frauen besetzt sind, beträgt der Anteil der Ministerinnen in Ungarn, Estland, Slowenien, Griechenland und der Türkei weniger als 10%. Frauen haben oft Ministerposten im Bereich der Sozial- und Kulturpolitik. Der Prozess der Ernennung der Minister unterscheidet sich zwar je nach dem politischen System der einzelnen Länder (Wahl oder Ernennung durch das Parlament vs. Ernennung durch den Staatspräsidenten mit oder ohne Zustimmung des Parlaments), eine gleich starke Repräsentation von Männern und Frauen ist jedoch in keinem System gewährleistet.

Methodik und Definitionen

Die Daten über Parlamentarierinnen beziehen sich auf Unterhaussitze bzw. Sitze in Einkammerparlamenten und stammen aus der PARLINE-Datenbank der Interparlamentarischen Union. Die Daten beziehen sich auf den Frauenanteil in den Parlamenten zum 31. Oktober 2012 und zum 25. Oktober 2002.

Die Balken in einem helleren Lilaton stellen Länder dar, in denen es mit Stand von Januar 2013 gesetzliche Quoten für den Anteil der Frauen unter den Kandidaten für die Wahl zum Unterhaus oder zum Einkammerparlament gab. Solche Quotenregelungen für die Wahl der Legislative sind im Wahlrecht, im Parteiengesetz oder in anderen vergleichbaren Gesetzen eines Landes festgelegt. Beide Formen basieren per definitionem auf Rechtsvorschriften, die alle an Wahlen teilnehmenden politischen Organisationen verpflichten, die Quotenregelungen gleichermaßen anzuwenden. Politische Organisationen, die die Quotenregelungen nicht einhalten, können mit Strafen belegt werden. Die Daten zu den Frauenquoten stammen aus der *Global Database on Quotas for Women* des Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA).

Die Daten zum Anteil der Ministerinnen basieren auf den Übersichtstabellen der Interparlamentarischen Union zum Thema „Frauen in der Politik“ (Women in Politics). Die Daten beziehen sich auf die zum 1. Januar 2012 und 1. Januar 2005 amtierenden Ministerinnen. Sie zeigen den Frauenanteil unter den Ministern insgesamt, einschließlich der stellvertretenden Premierminister und Minister. Premierminister bzw. Regierungschefs wurden ebenfalls berücksichtigt, wenn sie ein Ministeramt ausübten. Vizepräsidenten und Leiter von Regierungsstellen oder Behörden wurden in der Gesamtzahl nicht berücksichtigt.

Literaturhinweise

International IDEA (2007), *Designing for Equality*, Stockholm, Schweden.

OECD (2013), *Gleichstellung der Geschlechter – Zeit zu handeln*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264190344-de>.

Anmerkungen zu den Abbildungen

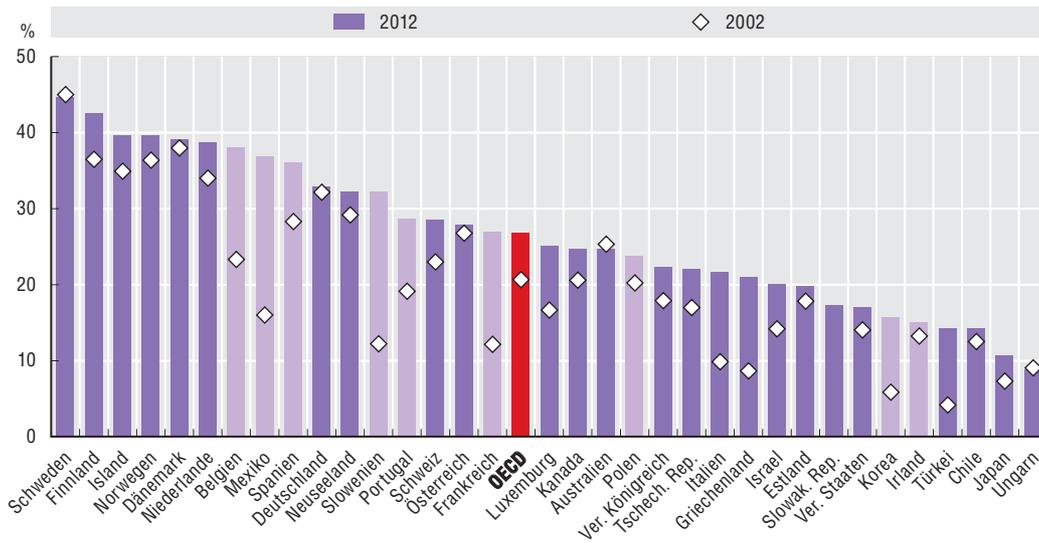
6.9: Die Daten beziehen sich auf den Frauenanteil in den Parlamenten, Stand 31. Oktober 2012 und 25. Oktober 2002. Die Prozentsätze entsprechen der Zahl der Parlamentarierinnen im Verhältnis zur Zahl der insgesamt besetzten Parlamentssitze. Für die Slowakische Republik liegen für 2002 keine Daten vor.

6.10: Die Daten beziehen sich auf die mit Stand vom 1. Januar 2012 und 1. Januar 2005 amtierenden Ministerinnen. In der Gesamtzahl sind stellvertretende Premierminister und Minister berücksichtigt. Premierminister bzw. Regierungschefs wurden ebenfalls berücksichtigt, wenn sie ein Ministeramt ausübten. Vizepräsidenten und Leiter von Regierungsstellen oder Behörden wurden nicht berücksichtigt.

Hinweis zu den Daten für Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.

6.9. Frauenanteil in den Parlamenten und gesetzliche Frauenquoten (2012 und 2002)

Unterhaus oder Einkammerparlament

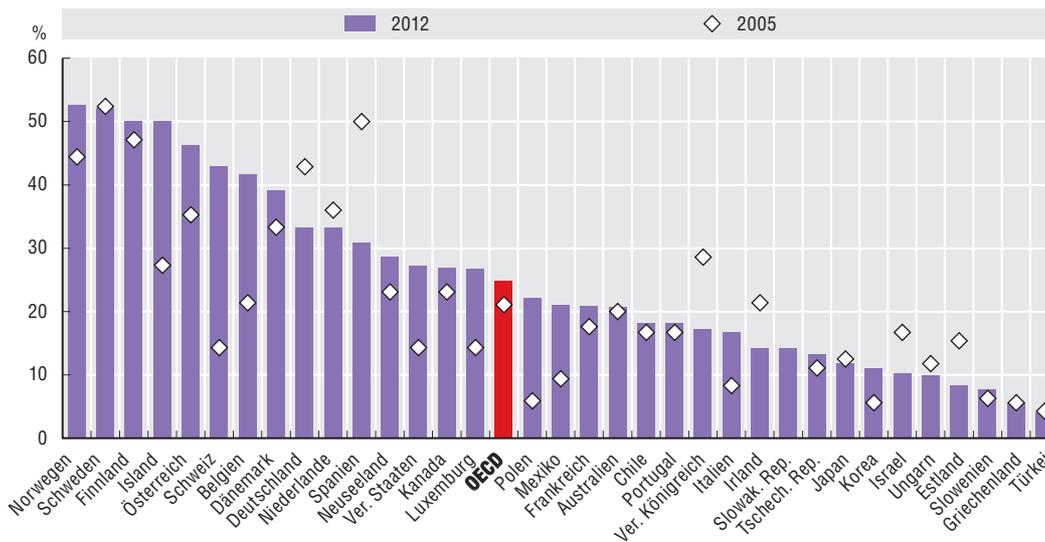


Anmerkung : Die Balken in einem helleren Lilaton stellen die Länder dar, in denen es zum 21. Januar 2013 gesetzliche Quoten für den Anteil der Frauen unter den Kandidaten für die Wahl zum Unterhaus oder zum Einkammerparlament gab.

Quelle: Interparlamentarische Union (IPU), PARLINE (Datenbank), und IDEA, Quota Project (Datenbank).

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932942697>

6.10. Anteil der Ministerinnen (2005 und 2012)



Quelle: Interparlamentarische Union (IPU), „Women in Politics“, 2012 und 2005.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932942716>



From:
Government at a Glance 2013

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/gov_glance-2013-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), "Frauen in der Politik", in *Government at a Glance 2013*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264209541-43-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.